

Horn, Manfred

Article — Digitized Version

Grundsätzliche Überlegungen zur Energiepolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Horn, Manfred (1988) : Grundsätzliche Überlegungen zur Energiepolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 68, Iss. 8, pp. 407-411

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136427>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Manfred Horn

Grundsätzliche Überlegungen zur Energiepolitik

Die deutsche Energiepolitik hat laut Energieprogramm eine marktwirtschaftliche Grundausrichtung. Diese wurde mit den jüngsten Beschlüssen des Bundeskabinetts zur Förderung dauerhafter Energien bekräftigt. Dr. Manfred Horn fragt, inwieweit die energiepolitische Praxis dieser marktwirtschaftlichen Rhetorik entspricht, und diskutiert grundsätzliche Fragen der Energiepolitik.

Die Energieversorgung ist von so grundlegender Bedeutung für einen Industriestaat, daß die Entwicklungen in diesem Sektor alle Politikbereiche von der Wirtschafts- und Umwelt- bis zur Sozial- und Außenpolitik berühren können. Dementsprechend sind sehr unterschiedliche energiepolitische Orientierungen denkbar. In der Bundesrepublik Deutschland wird die Energiepolitik jedoch traditionell als Teil der Wirtschaftspolitik betrachtet und ist im Wirtschaftsministerium verankert. Dennoch sind für die energiepolitische Praxis z. B. auch regional-, sozial-, umwelt- und fiskalpolitische Gesichtspunkte maßgebend.

Da die deutsche Energiepolitik keine klaren politischen Konturen hat, besteht immer die Gefahr, daß sie von gut organisierten Interessengruppen zur Durchsetzung ihrer Partialinteressen genutzt wird. Eine marktwirtschaftliche Grundausrichtung, wie sie im Energieprogramm der Bundesregierung vorgesehen ist, kann solche Gefahren mindern helfen. Eine überzogene marktwirtschaftliche Rhetorik kann aber auch zur Verschleierung politischer Untätigkeit beitragen und helfen, die Energiepolitik für andere Politikbereiche zu instrumentalisieren, auch wenn dies sachlich nicht immer gerechtfertigt ist.

Um diesen Tendenzen und den damit verbundenen Verlusten an Gestaltungsfähigkeit und Flexibilität entgegenzuwirken, ist es notwendig, dem Marktmechanismus im Energiesektor durch Abschaffung überflüssig gewordener Reglementierungen stärker Geltung zu verschaffen und zugleich die politische Substanz der Energiepolitik zu stärken. Letzteres könnte erreicht werden, wenn die Energiepolitik künftig nicht nur auf die Anforder-

ungen anderer Ressorts reagieren, sondern bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für den Energiesektor die übergeordneten politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland stärker einbeziehen würde. Ein fundamentales Interesse hat die Bundesrepublik Deutschland sicherlich daran, das globale und das nationale ökologische Gleichgewicht zu erhalten, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern sowie die westeuropäische Integration und die Ost-West-Kooperation zu fördern. Die Energiepolitik könnte hierzu wesentliche Beiträge leisten.

Prioritäten der Energiepolitik

Nach den vorangegangenen Überlegungen erscheint es selbstverständlich, daß um die Prioritäten der Energiepolitik immer wieder gerungen werden muß. Als klassische Ziele der Energiepolitik gelten die Gewährleistung einer preisgünstigen und sicheren Energieversorgung. Weitere Ziele sind heute die umwelt- und sozialverträgliche Energienutzung, die Ölsubstitution und das Energiesparen. Die Rangfolge dieser Zielsetzungen hängt von den Funktionen ab, die der Energiepolitik beimessen werden.

Einem unbefangenen Beobachter der deutschen Wirtschaftspolitik dürfte zunächst auffallen, daß es zwar in der Bundesrepublik Deutschland eine Energiepolitik gibt, aber z. B. keine Automobil- oder Chemiepolitik. Dieser Unterschied dürfte wohl kaum auf eine größere volkswirtschaftliche Bedeutung des Energiesektors zurückzuführen sein, denn letztere Wirtschaftssektoren stellen deutlich mehr Arbeitsplätze. Entscheidend dürfte vielmehr sein, daß die Automobilindustrie und die Chemie international konkurrenzfähig sind und ihre Produkte in viele Länder exportieren, während die deutsche Energiewirtschaft weitgehend von Importen abhängig ist. Ihre strukturelle Entwicklung wird daher von externen Faktoren bestimmt. Die damit verbundenen Risiken

Dr. Manfred Horn, 40, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bergbau und Energie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin. Der Autor vertritt in diesem Artikel seine persönliche Meinung.

und Anpassungserfordernisse begründen letztlich die Existenz der deutschen Energiepolitik.

Darüber hinaus sind auch Ansätze zu erkennen, einen Beitrag zur Lösung globaler Energieprobleme zu leisten. Das energiewirtschaftliche Fundamentalproblem der Menschheit besteht darin, daß mit fossilen Energieträgern allein ihr Energiebedarf langfristig nicht gedeckt werden kann. Nur mit Hilfe von nuklearen oder solaren Energiesystemen können die Voraussetzungen für ihre zeitlich unbefristete Existenz auf hohem wirtschaftlichen und kulturellen Niveau geschaffen werden. Die Bundesrepublik Deutschland hat hierzu bisher primär durch eine massive Förderung der Kernenergieforschung und -entwicklung beigetragen.

Preisgünstige Energieversorgung

Die Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland versteht sich selbst als Teil der Wirtschaftspolitik. Sie soll grundsätzlich marktwirtschaftlich ausgerichtet sein, d. h. die strukturelle Entwicklung des Energiesektors soll nicht vom Staat, sondern vom Markt gesteuert werden. Die Aufgabe des Staates ist es demnach vor allem, allzu starke Ausschläge des Energiemarktes bzw. deren Auswirkungen zu dämpfen. Die energiepolitische Praxis entspricht diesem Bild der Energiepolitik aber keineswegs. Einerseits wird die inländische Steinkohlegewinnung seit Ende der 50er Jahre unter massivem Einsatz staatlicher Subventionen weit über dem Niveau gehalten, das sich bei reiner Marktsteuerung ergeben würde. Andererseits ist mit Hilfe staatlich finanzierter Grundlagenforschung und Entwicklungsprogramme die Kerntechnik so weit vorangetrieben worden, daß Kernkraftwerke heute in etwa ein Drittel des Stromverbrauchs in der Bundesrepublik decken. Hinzu kommt noch eine Fülle von Maßnahmen – z. B. die Förderung des Fernwärmeausbaus –, die der Zurückdrängung des Ölverbrauchs dient. In der Praxis hat die Energiepolitik somit den Strukturwandel der Energieversorgung in den letzten Jahrzehnten mitgestaltet. Eindeutig gegen die Marktkräfte gestemmt hat sich die Bundesregierung mit ihrer Kohlepolitik.

Um die energiepolitische Praxis wieder stärker marktwirtschaftlich auszurichten, hat H. K. Schneider vorgeschlagen¹, die Gewährleistung einer preisgünstigen Energieversorgung zum Oberziel der Energiepolitik zu machen. Hauptaufgabe der Energiepolitik wäre in den kommenden Jahren demnach, eine Vielzahl von Reglementierungen abzuschaffen und den marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen im Bereich der Energieversor-

gung wieder herzustellen. Energiepolitik würde nach diesem Vorschlag durch eine Entregulierungspolitik abgelöst. Da das Ziel einer preisgünstigen Energieversorgung keinen Raum für eigenständige politische Kriterien läßt, würde die Energiepolitik die Fähigkeit verlieren, gestaltend auf die Energieversorgung einzuwirken.

So verständlich dieser Vorschlag wegen des großen Anteils strukturkonservierender Maßnahmen an der Energiepolitik auch ist, so erscheint doch eine solche Selbstbeschränkung der Energiepolitik weder sinnvoll noch realistisch. Sie ist letztlich – auch wenn sie institutionell der Wirtschaftspolitik zugeordnet ist – eingebettet in ein übergeordnetes Zielsystem, daß z. B. auch außenpolitische, sozialpolitische und regionalpolitische Zielsetzungen umfaßt. Energiepolitik kann in diesem Kontext dazu beitragen, verfestigte ökonomische Strukturen an die Erfordernisse anzupassen, die sich aus dem internationalen Umfeld und aus absehbaren globalen Zukunftsproblemen der Energieversorgung ergeben. Würde die Gewährleistung einer preisgünstigen Energieversorgung zum obersten Ziel der Energiepolitik, ohne daß sich das übergeordnete Zielsystem verändert, so würden die zunächst ignorierten Zielsetzungen bei den energiepolitischen Entscheidungen eben als Nebenziele berücksichtigt. Diese können aber unter Umständen so restriktiv sein, daß sie das Ergebnis stärker bestimmen als die eingeschränkten Zielsetzungen der Energiepolitik.

Versorgungssicherheit und Kohlepolitik

Im Kohlesektor hat die Energiepolitik seit Ende der 50er Jahre auf die Erhaltung einer inländischen Steinkohlenförderung hingewirkt. Begründet werden die Interventionen in diesem Bereich mit dem Ziel, die Energieversorgung gegen Lieferausfälle zu sichern. Dieses Ziel war wohl auch zu Beginn dieser Kohlepolitik – Ende der 50er Jahre – tatsächlich noch maßgebend, weil damals die Steinkohle noch eine führende Rolle auf dem deutschen Energiemarkt hatte. Heute dürften jedoch angesichts des inzwischen stark verminderten Beitrags der Steinkohle und der starken internationalen Verflechtungen in vielen Bereichen der Wirtschaft sozial- und regionalpolitische Gesichtspunkte bei der Steinkohlesicherungs politik entscheidend sein.

Die Importabhängigkeit der deutschen Energieversorgung allein kann als Begründung für Subventionen zugunsten des deutschen Steinkohlenbergbaus schon deshalb nicht ausreichen, weil dann viele andere Wirtschaftszweige mit gleichem Recht staatliche Hilfen verlangen könnten und ein prohibitiv hoher Subventionsbedarf entstehen würde. Im übrigen kann eine inländische Steinkohlegewinnung die Sicherheit unserer Energie-

¹ Vgl. Hans K. Schneider: Energiepolitische Alternativen für die 90er Jahre, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 67. Jg. (1987), H. 3, S. 132-139.

versorgung nur sehr begrenzt verbessern. Dies zeigen auch folgende Überlegungen: Als besonders krisenanfällig gilt wegen der starken Konzentration der Ölreserven im Nahen Osten die Versorgung mit Rohöl. Durch Aufrechterhaltung eines inländischen Steinkohlenbergbaus kann dieses Risiko aber nicht wesentlich vermindert werden, da Öl kurzfristig nur in geringem Umfang durch Steinkohle substituiert werden kann. Aus den Absatzbereichen, in denen eine kurzfristige Substitution grundsätzlich möglich wäre, wie vor allem in der Stromerzeugung, ist das Öl aber schon weitgehend verdrängt worden.

Der Sicherheitsgewinn durch Aufrechterhaltung einer inländischen Steinkohlegewinnung ist daher primär an den Risiken von Kohleimporten zu messen. Das Versorgungsrisiko auf dem Weltkohlemarkt wird aber wegen der im Vergleich zum Öl günstigeren Diversifizierung der Versorgungsquellen als gering veranschlagt. Hier sind allenfalls temporäre Versorgungsstörungen denkbar. Um diese auffangen zu können, müßten im Krisenfall schnell zusätzliche Kohlemengen mobilisiert werden. In dem Maße, wie der inländische Steinkohlenbergbau im Krisenfall in der Lage wäre, seine Produktion kurzfristig zu steigern, lassen sich Subventionen für ihn als Sicherheitsprämien rechtfertigen. Nur für einen Bruchteil der Subventionen, die dem deutschen Steinkohlenbergbau zufließen, dürfte dies allerdings zutreffen².

Eine Revision der Kohlepolitik ist wegen der damit verbundenen sozial- und regionalpolitischen Probleme nicht von heute auf morgen möglich. Schließlich hat diese Politik auch mit zu den heutigen Strukturproblemen des Ruhrgebiets beigetragen. Aus ihrer sozial- und regionalpolitischen Verantwortung für diese Region kann die Energiepolitik erst entlassen werden, wenn dort eine effektive Regionalpolitik durchgesetzt werden kann.

Ausstieg aus der Kernenergie?

Der Reaktorunfall in Tschernobyl im April 1986 hat erneut eine Debatte über die Verantwortbarkeit der Kernenergie ausgelöst. Der Schwerpunkt der Diskussion hat sich aber bald auf die Frage verlagert, welche ökonomischen Auswirkungen ein Verzicht auf die Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland haben würde. Zu dieser Frage sind einige Studien veröffentlicht worden. Ihre Ergebnisse lauten kurz zusammengefaßt, daß die Stromerzeugungskosten dadurch um 1 bis 6 Pfennige je Kilowattstunde steigen würden. Die Mehrkosten wären um so höher, je schneller der Ausstieg erfolgte und je stärker die Energiepreise in den kommenden Jahren ansteigen würden. Selbst geringe Strom-

preissteigerungen können die Probleme in einigen stromintensiven Grundstoffindustrien verschärfen. Eine starke Beeinträchtigung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums wäre aber allenfalls bei einer aus heutiger Sicht unwahrscheinlichen Ölpreisexplosion zu erwarten³.

Bei diesen Berechnungen mußten notwendigerweise einige grobe Vereinfachungen vorgenommen werden. So wurde z. B. in keiner der bisher vorliegenden Studien berücksichtigt, daß Kostensteigerungen in der inländischen Stromerzeugung erhöhte Stromimporte zur Folge haben könnten, insbesondere nach Schaffung eines europäischen Binnenmarktes. Auf diese Gesichtspunkte ist in der Diskussion der Studien ausführlich eingegangen worden. Hier soll versucht werden, die Grundsatzfrage zu beantworten, ob ein Ausstieg aus der Kernenergie als ein singulärer politischer Akt betrachtet werden könnte, der im übrigen die Wirtschaftspolitik unberührt ließe, oder ob eine solche Maßnahme nicht vielmehr der Auftakt für einen grundsätzlichen Wandel der Wirtschaftspolitik sein müßte oder doch so verstanden werden könnte.

Ein erster Anhaltspunkt für die Beantwortung der hier aufgeworfenen Frage kann aus den Begründungen für einen Kernenergieausstieg gewonnen werden. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands begründet ihre Entscheidung gegen die Nutzung dieser Technik u. a. mit dem Argument, daß sie räumlich und zeitlich unbegrenzte Gefahren und Risiken für Leben und Umwelt bewirke⁴. Dies gilt aber keineswegs ausschließlich für die Kernenergie. Räumlich und zeitlich unbegrenzte Gefahren und Risiken sind auch mit der Verbrennung von fossilen Energieträgern verbunden. Darüber hinaus bestehen große Risikopotentiale auch in der Chemie. Eine konsequente Anwendung dieses Ausstiegs-Kriteriums würde demzufolge zur Einstellung einer ganzen Reihe von wirtschaftlichen Aktivitäten führen müssen. Die weltwirtschaftlich führende Position der Bundesrepublik Deutschland würde dadurch gefährdet.

Mit den Grundinteressen der Bundesrepublik Deutschland allenfalls noch vereinbar ist somit ein Ausstieg aus der Kernenergie nur unter der paradoxen Voraussetzung, daß die allgemeinen Kriterien, die diese Entscheidung begründen, nur in einem speziellen Be-

² Vgl. ebenda.

³ Vgl. die Analyse der Studien von Knut Kübler: Möglichkeiten und Konsequenzen eines Verzichts auf die Kernenergie. Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, Juni 1987.

⁴ Vgl. Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/13 vom 19. 2. 1987. Gesetzentwurf der Fraktion der SPD: Gesetz zur Beendigung der energiewirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie und ihrer sicherheitstechnischen Behandlung in der Übergangszeit (Kernenergieabwicklungsgesetz), S. 15.

reich gelten sollen. Um dies sicherzustellen, bedarf es allerdings eines riskanten politischen Balanceaktes.

Für einen Kernenergieausstieg wird vielfach auch mit dem Hinweis argumentiert, daß es heute schon andere Energietechniken gebe, die langfristig, ressourcenschonend und umweltverträglich eingesetzt werden könnten⁵.

Energieoptionen

Eine langfristige Alternative zur Kernenergie, die mit Hilfe des Schnellen Brütters in absehbarer Zeit zu einer praktisch unerschöpflichen Energiequelle werden kann, ist zweifellos die großflächige Nutzung von Sonnenenergie in hierfür günstigen Regionen. Die Erzeugung von Strom und Wasserstoff mit Hilfe von Sonnenenergie und der interkontinentale Transport der gewonnenen Energie sind grundsätzlich technisch machbar. Demgegenüber stellen die sehr hohen Kosten dieser Techniken heute noch eine unüberwindbare Hürde für ihren massiven Einsatz dar. Ihre Erzeugungskosten liegen nämlich um das Zehn- bis Zwanzigfache höher als der heute übliche Strompreis. Um die großflächige Nutzung der Solarenergie zu einer wirtschaftlich tragfähigen Option zu machen, müssen daher noch grundlegende technische Innovationen getätigt werden.

Selbst wenn diese Hürde überwunden werden könnte – was heute ungewiß ist –, so stünden einem forcierten Ausbau großflächiger Solarenergiesysteme auch politische Restriktionen entgegen. Ähnlich wie die Ölreserven sind nämlich auch die für Europa nutzbaren Sonnenenergiepotentiale stark auf Nordafrika und den Nahen Osten konzentriert. Der Import von Solarenergie aus dieser Region würde daher mindestens so große Sicherheitsrisiken beinhalten wie von Öl. Hinzu kommt, daß der enorme Materialverbrauch – insbesondere von Stahl und Beton – beim Aufbau großflächiger solarer Energiesysteme vorübergehend auch zu erhöhten Umweltproblemen führen könnte⁶.

Trotz dieser Probleme und Risiken erscheint es sinnvoll, die Solarforschung zu verstärken mit dem Ziel, der Menschheit langfristig eine weitere Option für eine unbefristete globale Energieversorgung zu schaffen. Angesichts der spezifischen Probleme und Risiken jeder der Energieoptionen wird es aber sicherlich auch künftig sinnvoll sein, die globale Energieversorgung nicht ausschließlich auf einen Energieträger auszurichten, sondern möglichst weitgehend zu diversifizieren. Diese Überlegungen lassen nur die Schlußfolgerung zu, daß

mit dem heutigen Stand der Solartechnik ein Ausstieg aus der Kernenergie nicht begründet werden kann. Eine solche Entscheidung könnte wohl eher als Versuch gewertet werden, sich einer globalen energiepolitischen Verantwortung zu entziehen.

Nach den Ergebnissen der meisten neueren Prognosen des Weltenergieverbrauchs wird der globale Energiebedarfszuwachs in den nächsten Jahrzehnten primär durch Kohle und Kernenergie gedeckt werden. Eine solche Entwicklung wäre aber mit erheblichen Risiken verbunden, insbesondere mit dem Risiko von weltweiten Klimaveränderungen aufgrund einer zunehmenden CO₂-Anreicherung der Atmosphäre. Die Kohle wird vor allem wegen ihrer großen Ressourcenbasis als tragfähige Brücke in eine ferne Energiezukunft betrachtet. Die vollständige Verfeuerung dieser Ressourcen würde aber den CO₂-Gehalt der Atmosphäre weit über den Grenzwert ansteigen lassen, ab dem globale Klimaveränderungen wahrscheinlich sind. Soweit eine Steigerung des Versorgungsbeitrages der fossilen Energieträger in absehbarer Zeit notwendig ist, erscheint es überdies sinnvoller, primär die Nutzung desjenigen Energieträgers voranzutreiben, dessen Verfeuerung mit deutlich geringeren Schadstoffemissionen verbunden ist als die von Kohle, nämlich des Erdgases. Die Ressourcensituation beim Erdgas läßt gegenüber den heutigen Planungen auch durchaus noch Spielraum für eine verstärkte Expansion.

Erhöhter Gaseinsatz

Die nachgewiesenen Erdgasreserven der Welt betragen 1987 rund 108 Bill. m³, das entspricht etwa 97 Mrd. t Rohöleinheiten. Sie haben sich damit gegenüber 1972 verdoppelt. Die Gasgewinnung wurde im gleichen Zeitraum nur halb so stark erhöht, nämlich um 52 % auf knapp 1,9 Bill. m³ (1,7 Mrd. t Rohöleinheiten). Würde der Gasverbrauch bis zum Jahre 2020 verdoppelt, dann wären die heute nachgewiesenen Gasreserven etwa zu 80% erschöpft. Die gesamten Gasressourcen dürften aber weit über die heute nachgewiesenen Reserven hinausgehen, so daß aus heutiger Sicht eine solche Verbrauchsentwicklung durchaus vertretbar erscheint. Nach den Ergebnissen neuerer Weltenergieprognosen ist aber eher ein geringerer Anstieg des Gasverbrauchs zu erwarten. Dämpfend auf den Gasabsatz wirken insbesondere die hohen Transport- und Verteilungskosten sowie weitere Fortschritte bei der rationellen Energienutzung. Hinzu kommt, daß internationale Gaslieferungen politischen Einflüssen unterliegen und der Gaseinsatz in importabhängigen Ländern oft aus sicherheitspolitischen Erwägungen begrenzt wird.

⁵ Ebenda.

⁶ Vgl. das Interview mit Wolf Häfeler, in: „VDI Nachrichten magazin“, 4/1988, S. 18 ff.

Ein größerer Gasabsatz könnte durch verschärfte Umweltschutzaufgaben bzw. durch stärkere Berücksichtigung der externen Kosten der Energienutzung bei den Energiepreisen herbeigeführt werden. Um einen erhöhten Gaseinsatz auch in der Stromerzeugung zu ermöglichen, müßten außerdem Vorschriften abgeschafft werden, die dem entgegenstehen. Der Gasverbrauch könnte langfristig auch dann relativ stark steigen, wenn sich erstens Öl erheblich verteuerte und sich zweitens die Gaspreise hiervon abkoppelten. Ersteres ist mittelfristig wenig wahrscheinlich und letzteres setzt eine Intensivierung des Wettbewerbs im Gassektor voraus.

Für Westeuropa liegt ein verstärkter Gaseinsatz nicht nur aus energiewirtschaftlichen Gründen nahe. Auch ein Interesse an einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion könnte dafür sprechen. Die Sowjetunion verfügt nämlich über etwa 40 % der Gasreserven der Welt und könnte durch erhöhte Gasexporte ihre Deviseneinnahmen steigern. Mit dem bereits vorhandenen Leitungssystem könnten die Erdgaslieferungen der Sowjetunion um etwa ein Drittel erhöht werden. Langfristig ist selbst bei einer vorrangigen Belieferung der osteuropäischen Länder noch eine Verdoppelung der Exporte nach Westeuropa möglich. Dazu wäre allerdings eine Übereinkunft über den Bau einer zusätzlichen Pipeline notwendig⁷.

Fazit

Die derzeitige massive Subventionierung des inländischen Steinkohlenbergbaus kann energiepolitisch nicht gerechtfertigt werden und muß daher längerfristig deutlich reduziert werden. Da in absehbarer Zeit keine grundlegende Verbesserung der Wettbewerbsposition dieses Wirtschaftszweiges zu erwarten ist, dürfte dies zur Folge haben, daß der bereits eingeleitete Kapazitätsabbau im inländischen Steinkohlenbergbau in den kommenden Jahren anhalten wird. Die Energiepolitik ist verantwortlich dafür, daß diese Entwicklung kontrolliert und sozial verträglich abläuft. Eine aktive Wachstumspolitik für die betroffenen Regionen könnte die Energiepolitik dabei entlasten.

Aus der Sicht der weltweiten Energieversorgung besteht das energiepolitische Fundamentalproblem darin, daß mit den vermutlich verfügbaren fossilen Energieressourcen allein der Energiebedarf der Menschheit zwar noch sehr lange, aber doch nur zeitlich begrenzt gedeckt werden kann. Sollten die mit der Verbrennung dieser Energieträger verbundenen CO₂-Emissionen – wie

vielfach vermutet wird – tatsächlich zu drastischen Klimaveränderungen führen, dann dürfte aber nur ein Teil dieser Ressourcen genutzt werden können.

Die Bundesrepublik Deutschland kann einen Beitrag zur langfristigen Sicherung der globalen Energieversorgung leisten, indem sie die Solarforschung verstärkt und die Erforschung und Entwicklung der Kernspaltung und der Kernfusion aufrechterhält. Würde sie auf die Nutzung der Kernenergie verzichten, so könnte eine solche Entscheidung angesichts der Risiken der globalen Energieversorgung als Versuch gewertet werden, sich ihrer internationalen Verantwortung zu entziehen. Hierdurch könnte unter Umständen aber auch eine Entwicklung eingeleitet werden, die die führende weltwirtschaftliche Position der deutschen Wirtschaft gefährdet. Sinnvoller als ein Ausstieg aus der Kernenergie dürfte die Erforschung von Möglichkeiten zur weiteren Erhöhung der Sicherheit von Kernenergieanlagen sowie zur längerfristigen Begrenzung des Kernenergieeinsatzes durch rationelle Energienutzung und durch Bereitstellung kostengünstiger Ersatzenergien sein. Die Solarenergie ist aus Kostengründen in absehbarer Zeit keine Alternative zur Kernenergie.

Da aus ökologischen Gründen vermutlich nur ein Teil der gesamten fossilen Energieressourcen genutzt werden kann, erscheint es sinnvoll, von ihnen künftig vorrangig diejenigen Energieträger zur Deckung des Energieverbrauchswachstums zu nutzen, die die geringsten Umweltschäden hervorrufen. Unter Umweltgesichtspunkten ist unter den fossilen Energieträgern das Erdgas zweifellos der Kohle vorzuziehen. Es stehen weltweit ausreichende Erdgasreserven und -ressourcen zur Verfügung, um in absehbarer Zeit den Gasverbrauch – auch in Westeuropa – kräftig zu steigern. Dies setzt allerdings voraus, daß politische Restriktionen für den Gaseinsatz in der Strom- und Fernwärmeerzeugung beseitigt werden.

Neben umweltpolitischen Gesichtspunkten sprechen auch außenpolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland für einen verstärkten Ausbau der Gasversorgung. In einem solchen Fall könnte angesichts ihrer großen Gasreserven nämlich auch die Sowjetunion ihre Lieferungen erhöhen, was angesichts der prekären Devisensituation dieses Landes zweifellos Impulse für den Ost-West-Handel auslösen würde.

Die Konzeption und Umsetzung einer energiepolitischen Strategie, die die übergeordneten politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland stärker als bisher zur Geltung bringt, könnte auch durch Gründung eines eigenständigen Energieministeriums – nach dem Vorbild der USA – gefördert werden.

⁷ Vgl. Manfred Horn: Die künftige Rolle des Erdgases in der Energieversorgung, in: DIW-Wochenbericht Nr. 19/1988 vom 11. 5. 1988.